

blick nach

rechts

Antifaschistisches
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falkensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 2611 62 49
Biz: 100 500 00 / Kto-Nr.: 0670017787

Aufklärung und
Rechtfertigung über rechtsextreme Aktivitäten: 18. Jahrgang, Nr. 25/26, 13. Dezember 2001

Einblicke

Neue Ängste

Von Ralf Bachmann

Einen Nutzen hatte der Aufmarsch der kahlgeschorenen Rechten gegen die Wehrmachtausstellung am 1. Dezember. Wer nicht wusste, dass die Zeit der Gleichgültigkeit gegenüber NPD-Provokationen an symbolträchtigen Plätzen Berlins vorüber ist, dass der Aufstand der Anständigen Früchte trägt – an diesem Tage konnte es jeder sehen. Mehr oder weniger spontan, unorganisiert begaben sich Tausende an Stätten, die sie als bedroht ansahen, in die Oranienburger Straße mit der Neuen Synagoge und anderen jüdischen Einrichtungen, an die Ausstellungsräume in der Auguststraße. Was sie dort, zur Enttäuschung mancher, nicht sahen, waren die Neonazis. Die waren umgeleitet worden zum Nordbahnhof, wo sie in S-Bahnen verfrachtet und nach Hause geschickt wurden.

Für den Innensenator und die Polizei ist die Rechnung teilweise aufgegangen. Wie schon am 3. Oktober gelang es, eine gewaltsame Rechts-Links-Konfrontation mit kaum absehbaren Konsequenzen zu vermeiden. Unter diesem Aspekt ist verständlich, dass die wirkliche Route der NPD-Demonstration nicht veröffentlicht wurde. Fatale Folgen hatte freilich der Fehler, nicht rechtzeitig umso mehr publik zu machen: Die Oranienburger Straße bleibt für Neonazis tabu, wird weiträumig abgesperrt. So kam es gerade zu dem, was verhindert werden sollte – Zorn und Unruhe in der Jüdischen Gemeinde, bei Antifaschisten, die bis zuletzt glaubten, jüdische Bürger vor dem NPD-Aufmarsch schützen zu müssen, dessen Anlass ja eigentlich die Wehrmachtausstellung war. Vermummte Chaoten mischten sich unter friedliche Demonstranten, Steine flogen, Wasserwerfer traten am Sabbat vor der Silhouette der Synagoge in Aktion. Fernsehbilder gingen um die Welt, die zu besorgten Anrufen bis aus Israel führten. Die Panne im Informationskonzept ist unleugbar und peinlich. Gegenseitige Be- und Entschuldigungen folgten. Sie helfen höchstens beim nächsten Mal, das uns im besten Fall durch ein baldiges NPD-Verbot erspart bleibt.

Songs zum Download

Im Internet gibt es nach wie vor Tauschbörsen für neonazistische Musik.

Seite 3 ■

Anti-Amerikanismus

Zwischen den Nationalrevolutionären und Strömungen in der NPD zeichnet sich eine erneute Annäherung ab.

Seite 4 ■

„Phänomen“ Schill

Wahlforscher sieht gute Chancen für Rechtspopulisten. Den Volksparteien wird deutliche Abgrenzung empfohlen.

Seite 5 ■

Der Hetze Paroli bieten

Ein professionell betriebener Online-Dienst setzt brauner Propaganda im Internet Seiten mit echten Informationen entgegen.

Seite 8 ■

Willfähige Mediziner

Zahlreiche Ärzte, die unter dem NS-Regime Menschen für Versuchszwecke missbrauchten, machten später in der Bundesrepublik Karriere.

Seite 16 ■

Meldungen

Seite 18 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Löhöffel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

NS-Vergangenheit**Fünftausend Steine****Eine Gedenkstätte für 25 000 Ermordete**

Sie kamen aus Berlin, Bielefeld, Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, Kassel, Kiel, Köln, Leipzig, Lübeck, Münster, Nürnberg, Paderborn, Osnabrück, Stuttgart und Wien – um nur die größten Städte zu nennen. Aus Hunderten von Dörfern und Landgemeinden waren sie bereits im Sommer 1941 in die nächstgelegenen Städte „umgesiedelt“ worden. Im Herbst mussten sie sich an bestimmten Tagen mit wenig Gepäck an zentralen Stellen melden – am Schlachthof, am Güterbahnhof, in einer Turnhalle oder sonst wo. Dort holten sie Uniformierte oder zivil gekleidete Männer ab, brachten sie mit LKWs zum Güterbahnhof, wo sie meistens in Viehwaggons getrieben wurden. Das war ihre letzte Station in der Heimat. Für die Fahrten hatte die Deutsche Reichsbahn besondere Fahrpläne entworfen, die genau einzuhalten waren, um andere Zugverbindungen nicht zu beeinträchtigen. Am Ziel wurden sie anfangs – gewöhnlich um die eintausend in einem Transport – aus den Waggons getrieben, ohne ihr Gepäck in Wälder geführt und erschossen. So starben zwischen Herbst 1941 und Winter 1942 in Minsk, vor allem aber bei der lettischen Hauptstadt Riga 25 000 deutsche Juden. An sie erinnert seit dem 30. November 2001 eine Gedenkstätte im Wald von Bikerniecki nahe Riga.

Als Voraussetzung für den Ort der Erinnerung hatten im Mai vergangenen Jahres 13 deutsche Städte und der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Berlin das „Deutsche Riga-Komitee“ gegründet, dem wenig später weitere Städte sowie Wien beitraten. Zu der Einweihung waren Vertreter jüdischer Organisationen aus vielen Staaten angereist, unter ihnen auch einige Opfer. Nur etwa 1 200 haben die Massaker überlebt. Die Namen der Ermordeten wurden von den Vertretern der Städte in einem Schrein hinterlegt. Der Berliner Senat übergab eine Namensliste von 8 335 Juden, die ab November 1941 deportiert worden waren.

Hitler hatte im Herbst 1941 – vor allem auf Drängen Reinhard Heydrichs, des Chefs des Reichssicherheits-Hauptamtes – die Genehmigung erteilt, zunächst eine begrenzte Zahl von Deportationen einzuleiten. Heydrich hatte dazu zwar versucht, Aufnahmeplätze für die zu deportierenden Juden

einzurichten. Er war aber gescheitert. In Frage kam zuerst das Ghetto von Lodz – damals Litzmannstadt. Es war das einzige große Ghetto auf dem dem Hoheitsgebiet des Deutschen Reiches. Die Stadtverwaltung von Litzmannstadt wehrte sich aber vehement, weil das Ghetto bereits hoffnungslos überfüllt war. Statt der angekündigten 60 000 deutschen Juden wurden deshalb „nur“ 20 000 angenommen. Auf der Suche nach weiteren Unterkünften entschieden sich SS-Chef Himmler und Heydrich für Minsk und Riga. Minsk fiel wegen der kritischen Lage an der Ostfront aus und so blieb die lettische Hauptstadt übrig. Dort herrschten freilich katastrophale Zustände. Zwar gab es ein großes Ghetto, das aber durch 25 000 lettische Juden überfüllt war. Deshalb befahl der zuständige Höhere SS- und Polizeiführer Friedrich Jeckeln, diese Juden zu ermorden, um Platz für deutsche Juden zu schaffen. Sie starben am 30. November, dem Rigaer Blutsonntag, sowie am 8./9. Dezember 1941.

Weil der so freigemordete Raum bei weitem nicht ausreichte, ließ der Führer der Einsatzgruppe A, Franz Walter Stahlecker, unter anderem einige Viehställe und zugige Baracken mit schmalen Pritschen ausstatten und meldete nach Berlin, nun gebe es genug Unterkünfte für weitere Transporte. Da all dies mit den Plänen Heydrichs nicht übereinstimmte, rollten die ersten fünf Transporte mit 2 934 deutschen Juden statt nach Riga doch nach Kowno. Dort wurden die Kinder, Frauen und Männer, wie der Berliner Zeitgeschichtler Wolfgang Scheffler erforscht hat, im Fort der Stadt am 25. November 1941 erschossen. Die Mörder waren Angehörige des Einsatzkommandos 3, deutsche Ordnungspolizisten und lettische Hilfswillige. Scheffler hat unter anderem zur Vorbereitung des Strafverfahrens gegen den Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium, Albert Ganzenmüller, errechnet, wann von wo wie viele Transport gen Osten gerollt sind. Ihm verdankt die Öffentlichkeit auch Einzelheiten über das weitere Schicksal dieser Opfer. Wer den Transport überlebte, schleppte sich bei eisiger Kälte oder brütender Hitze in die miserablen Unterkünfte und musste arbeiten. Wer das nicht mehr konnte, wurde „selektiert“ und in der Nähe von Riga erschossen.

Nun, 60 Jahre nach dem Beginn der Massentransporte, gibt es dort eine Gedenkstätte mit 5 000 Granitsteinen. Sie sind „genauso unterschiedlich wie die Menschen, schwarz, grau, rot, grünlich, groß und klein“, beschreibt sie Sergejs Risz, der Architekt des Gedenkhains.

Heiner Lichtenstein

Hintergrund

Kostenlose Songs

Das Internet dient nach wie vor als Umschlagplatz für braune Musik.

Früher, so sagte der 28-Jährige den Polizeibeamten, die seinen Rechner aus der Wohnung trugen, früher sei er ja aktiver Rechter gewesen. Inzwischen höre er nur noch die Musik der Szene. Er bevorzuge halt „lieber arische Musik“. So begründete er seine Vorliebe, die auch überdeutlich wurde, als die Beamten das gefundene Material sichteten: eine Fülle von CDs mit rechtsextremistischen Songs – und auf seinem PC der Beweis dafür, dass solche Musik von seinem Rechner aus per Internet verbreitet wurde. Wegen Volksverhetzung wurden der Mescheder und seine Ehefrau, die ähnliche musikalische Vorlieben hat, vom örtlichen Amtsgericht Anfang Dezember zu Geldstrafen von 3 000 beziehungsweise 1 800 Mark verurteilt.

Bundesweit haben sich Gerichte in diesen Wochen und Monaten mit ganz ähnlich gelagerten Fällen zu beschäftigen. Mehr als 100 Beschuldigten warf das Bundeskriminalamt nach monatelangen Ermittlungen im April vor, Musikstücke mit gewaltverherrlichendem, fremdenfeindlichem oder nationalsozialistischem Charakter über die Musiktatschbörse Napster angeboten zu haben.

Noch einmal vier Monate zuvor, im Dezember letzten Jahres, war „Napster“ in die Schlagzeilen geraten. Damals nicht, weil bekannte Musikgruppen und ihr Label um die Einnahmen fürchteten, wenn Internet-User kostenfrei die Stücke dieser Gruppen per MP3-Datei anboten. Schlagzeilen machte seinerzeit vielmehr die Tatsache, dass die Tauschbörse auch zum Tummelplatz von Neonazis wurde, die dort alles anboten, was das braune Herz begehrt, was als jugendgefährdend indiziert ist oder Straftatbestände erfüllt. Der niedersächsische Verfassungsschutz hatte öffentlich Alarm geschlagen. Bertelsmann als neuer Partner von Napster verurteilte den Missbrauch der Tauschbörse. Und beim Bundeskriminalamt in Wiesbaden hatten Ermittler damit angefangen, genauer unter die Lupe zu nehmen, was per Napster angeboten wurde.

Sie wurden fündig. Bei dem Mescheder Ehepaar zum Beispiel entdeckten sie gleich 113 Titel, die zum Herunterladen angeboten wurden. Darunter

den „Kanakenstaat“ der sächsischen Gruppe „Gestapo“. „Deutschland den Deutschen – Ausländer raus“ fordert „die radikalste Band aus dem Sachsenland“, wie sie sich selbst in einem Text beschrieb, in dem Stück, und attestiert Ausländern und Aussiedlern einen „untermenschlichen Lebensstil“. Im Titelstück des „Gestapo“-Albums „Heil dem Führer“ heißt es: „Bewaffnet ziehen wir durch die Stadt, damit die Rassenschande hier ein Ende hat.“ Auch „Berlin bleibt deutsch“ von der Neonazi-Kultband „Landser“ gehörte zum Angebot des Ehepaars. Textbeispiel: „Ich bin Berliner, was kann schöner sein?/Ein stolzer Deutscher, kein Türken Schwein.“ Von „besseren“ Zeiten träumte „Landser“: „Und hol ich die alten Photos vor/Vom Fackelzug durchs Brandenburger Tor/Braune Kolonnen im lodernden Schein/genauso wird's bald wieder sein.“

Die Wohnungen von insgesamt 103 Personen in 15 Bundesländern hatten Polizeibeamte, koordiniert vom Bundeskriminalamt, in der ersten Aprilwoche durchsucht. Der Ärger in der Szene war groß. „Meine Paranoia bzgl. Napster u.ä. hätte sich damit bestätigt“, ließ ein sich „TagX“ nennender Kamerad nach den Durchsuchungen in einem Diskussionsforum der Szene wissen. Und auf einer anderen Internetseite wurden Napster-User aufgerufen, alles vom Rechner verschwinden zu lassen, was gegen Gesetze verstoßen könnte, ehe womöglich die Polizei vor der Tür stehe.

„Die durchgeführten Maßnahmen werden durch das BKA als erfolgreich bewertet und zeigen, dass auch die Internet-Musiktatschbörsen keinen rechtsfreien Raum darstellen“, ließen die Wiesbadener Ermittler im April verlauten. Freilich waren es nicht die hellsten und auch nicht die zentralen Köpfe der Szene, die auf eine vermeintliche Anonymität der Tauschbörse im Internet gebaut hatten und die jetzt wegen Volksverhetzung, wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen oder der Verherrlichung von Gewalt vor Gericht stehen. Häufig waren es eher Randfiguren der Szene, die nicht wussten, wie sie ungefährdet an braune Musik herankommen konnten.

Für die Verbreitung von Neonazimusik per Internet waren die Ermittlungen denn auch nur ein kleiner Rückschlag, der zu verschmerzen ist. Noch immer gibt es ähnlich funktionierende Tauschbörsen wie Napster, und auf einer Fülle von Homepages werden Musiktitel zum kostenlosen Download angeboten.

Tomas Sager

Hintergrund**Feindbild „Westen“**

Antiamerikanismus und Kapitalismuskritik verbindet Nationalrevolutionäre und einzelne Strömungen der NPD.

Letztes Jahr fragte „Wir selbst“, die „Zeitschrift für nationale Identität“, noch ironisch „Ist die deutsche Eiche nationalrevolutionär?“. „Mein Freund der Baum“ sei „unter Faschismusverdacht“. Der Leitartikel – „Baumzeit - ja danke! – Grüner Protest und grünes Leben“ – stammte wieder einmal von Henning Eichberg, der quasi die Personifizierung des Programms der Zeitschrift ist. An den diversen nationalrevolutionären Organisationsversuchen führend beteiligt, stets die „nationale Identität“ als zentrales Themenfeld variierend und sie als „revolutionären Störfaktor“ begreifend, siedelte er nach Dänemark über, um dort der Lehrtätigkeit nachzugehen, die ihm hier zu Lande verwehrt worden war. Seit 1993 ist er Mitglied der Sozialistischen Volkspartei, die man ideologisch als Melange zwischen Grünen und PDS verorten könnte, und gehört ihrem Kulturausschuss an. Die Frage der Identität, so Eichberg, wie auch „Wir selbst“, sei nicht eindeutig „links“ oder „rechts“ einzuordnen, befinde sich „jenseits“ dieser Kategorien. Paradebeispiel dafür sei gerade der Gesamtkomplex der Ökologie.

Damals sprach noch einiges dafür, dass es der losen Gruppe um den Kleinverleger Siegfried Bublies gelingen könnte, das letzte verbliebene Organ der deutschen Nationalrevolutionäre zu stabilisieren. Doch es dauerte bis zum November 2001, ehe erneut eine Ausgabe erschien. Und auch die war eigentlich zum Zeitpunkt der Veröffentlichung bereits überholt. Denn es war der 11. September, der Tag der Anschläge in New York und Washington, dazwischen gekommen. In aller Eile wurde das bereits layoutete Heft um einen sechzehnseitigen aktuellen Teil erweitert. Allein: Das Titelbild blieb wie es war. Vor blauem Himmel, auf kargem Felsboden hisst eine Gruppe US-Soldaten das Sternenbanner. Keine Realität, nur Bildhauerwerk. Wiederum gibt der Text vor, wofür das Bild Symbol sein soll: „Der Stille Sieg des Kapitalismus“.

Dieser, so analysiert der ehemalige Troztkist und heutige Ideologe der „Neuen“ Rechten Winfried Knörzer, gehe einher mit dem „Verstummen des an-

tikapitalistischen Protestes“. Eine Hauptthese seines zentralen Aufsatzes besteht darin, dass die Revolte von 1968 sich zunehmend kulturverändernd orientiert habe, die Veränderung der Gesellschaft und der Produktionsverhältnisse dagegen immer mehr ausgeklammert habe. „Der antikapitalistische Impuls der Linken ist ins Leere gelaufen und grotesk gescheitert“, stellt er fest. Die Arbeitsverhältnisse hätten sich auf allen Ebenen verschlechtert. Dagegen hätten sich „Habitus, Lebensweise und moralische Werte“ im Sinne der 68er entwickelt. Wir leben, so Knörzers Schlussthese, „im Zeitalter der totalen Mobilmachung des Kapitalismus“.

Während er resignativ bleibt, haben andere Mitarbeiter historische Bezugspunkte und aktuelle Alternativen gefunden, um einen „Antikapitalismus von rechts“ zu propagieren. So greift Karim Most mit seinem Beitrag „Der bürgerliche Nationalbol-schewismus in der Weimarer Republik“ zurück auf den historischen Ideologiefundus. Most geht vor allem auf außen- und militärpolitische Bestrebungen zur Verstärkung einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion im Sinne des Rapallo-Abkommens ein. Nüchtern gelangt er zu der Einschätzung, „dass ein Ausbau der Beziehungen, zum gegenseitigen Nutzen beider Staaten zumindest im Bereich des Möglichen gewesen wäre.“ Ansatz für diese positive Bezugnahme ist nicht etwa die Vermutung einer ideologischen Ähnlichkeit, sondern vielmehr die Hoffnung, dass dies ein Weg hätte sein können, dem an Stärke gewinnenden „Amerikanismus“ zu entgehen.

■ „Himmelstürmende Symbole“ ■

Amerikanismus wird dabei in diesen Kreisen durchgehend als Synonym für den Kapitalismus gesehen. Kapitalismus, darin stimmen die heutigen Nationalrevolutionäre mit ihren Vorläufern überein, sei dem deutschen Wesen zutiefst fremd, denn Kapitalismus sei vor allem Industrialismus und zudem kulturell libertinär. Das deutsche Volk aber, Mittler zwischen Ost und West, sei stärker agrarisch-ländlich geprägt, habe eine besondere Beziehung zur Natur, wisse noch um die Bedeutung von „Schicksal“ und Tradition. Der „Westen“ wird mit dem „amerikanischen Konsumismus“ gleichgesetzt und stellt das zentrale Feindbild dar.

Siegfried Bublies kommentiert in seinem Editorial: „Mit dem Zusammenbrechen der beiden Türme des World Trade Centers trafen die Attentäter nicht nur die himmelstürmenden Symbole der US-ame-

rikanischen Wirtschaftsmacht, sondern zugleich brach einer der ideologischen Stützpfeiler des amerikanisch dominierten Globalisierungsprozesses.“ Das Adjektiv „himmelstürmend“ soll Assoziationen an den biblischen Turmbau von Babel wecken. Dort war es die Strafe Gottes, die den Turm einstürzen ließ, denn bereits der Bau war gotteslästerlich. Auf diese Weise wird der Anschlag auf anderer Ebene in einen religiösen Kontext transponiert. In einem nächsten Schritt wird als Heilmittel gegen die Globalisierung die Wiedergewinnung der „nationalen Identität“, Politik im nationalen Rahmen empfohlen. Konsequenz des mythischen Turmfalls von Babylon war es eben auch, dass die Baumeister in alle Welt verstreut wurden, ihre Heimat und ihre Identität verloren.

Weitaus besser als die ideologisch plumpen Parteien der extremen Rechten wissen die Nationalrevolutionäre, dass mit Worten und Anspielungen Politik gemacht wird. „Wir selbst“-Autor Arne Schimmer, zugleich Redaktionsmitglied der „Deutschen Stimme“ der NPD, liefert einen kurzen Beitrag „Der Tanz der Spekulanten“ ab, illustriert von einem sinkenden Hochseeriesen, dessen Rumpf von einer Dollar-Note gebildet wird. Daneben eine Weltkugel, die nach Art eines Jo-Jo an Fäden schwingt, die wiederum das Dollarzeichen bilden. Die Kritik am Kapitalismus ist in diesen Kreisen stets auf die Zirkulationssphäre beschränkt. Im Gegensatz zum bodenverhafteten produzierenden Kapital ist das weltweit zirkulierende Finanzkapital, das keine Werte schafft, negativ besetzt. „Tanz der Spekulanten“ gemahnt an den berühmten biblischen „Tanz um das Goldene Kalb“, gotteslästerliche Götzenverehrung. Urbild des Spekulanten ist innerhalb der extremen Rechten traditionell „der Jude“. Neuerlich religiöse Implikationen, wenn Schimmer feststellt: „Der Westen hat einen Pakt mit dem Teufel geschlossen, indem er alle bestehenden Beziehungen in marktliche Beziehungen umwandeln wollte. Und nun fordert der Teufel seinen Preis.“ Das „letzte Fünkchen Hoffnung“ aber, dass die Gegenkräfte durch die momentan vorherrschenden Tendenzen erzeugt würden, belegt Schimmer ausgerechnet durch ein Zitat von Karl Marx.

Siegfried Bublies weist darauf hin, dass die Attentate vom 11. September nichts am grundsätzlichen ideologischen Ansatz dieser Nationalrevolutionäre ändern würden. Beachtenswert ist deshalb vor allem die neuerliche Annäherung an einzelne Strömungen der NPD, die auf mögliche künftige Allianzen deuten.

Jean Cremet

Grauzone

Der „Mini-Haider“

Parteienforscher sieht gute Chancen für Rechtspopulisten. In Hamburg habe das bürgerliche Lager Schill salonfähig gemacht.

Die Meinungsforscher rieben sich im September verwundert die Augen, als die rechtspopulistische Schill-Partei mit einem für kaum möglich gehaltenen Stimmenanteil von 19,4 Prozent in die Hamburger Bürgerschaft einzog. Heute stellt die Partei Rechtsstaatliche Offensive (PRO) im Regierungsbündnis mit CDU und FPD drei Senatoren. Einen ähnlichen Erfolg bei Landtagswahlen konnte bisher noch keine Parteineugründung verbuchen. Grund genug für die geschockte und nach 44 Jahren Regierungsverantwortung aus dem Amt gejagte SPD, die Ursachen des Rechtsrucks in der Hansestadt wissenschaftlich hinterfragen und deren Folgen abschätzen zu lassen. Auf einer von den Sozialdemokraten in Hamburg veranstalteten Tagung diskutierten hochkarätige Politologen über das Thema „Rechtspopulismus auf dem Vormarsch?“

■ „Raubritter auf dem Wählermarkt“ ■

Wenn in Deutschland in den vergangenen Jahren über Rechtspopulisten gesprochen wurde, fielen die Namen der europäischen Volkstribunen Haider, Le Pen, Bossi und Berlusconi. Hier zu Lande stießen charismatische Führerpersönlichkeiten vom rechten Rand nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges auf keinen fruchtbaren Nährboden. Auch die Erfolge eines Franz Schönhuber, der mit seinen Republikanern zwischen 1989 und 1992 beachtliche Resultate bei Wahlen erzielt hatte, wurden von der Politikwissenschaft nur als kurzes Aufflackern eines rechten Irrlichts gedeutet.

Nun hat mit dem Amtsrichter Ronald Barnabas Schill in der Bundesrepublik ein Mann die politische Bühne betreten, dem die Meinungsforschungsinstitute zutrauen, sogar auf Bundesebene an die Erfolge der Freiheitlichen in Österreich, des Front National in Frankreich, der Lega Nord und der Forza Italia und den nationalistischen Parteien in Dänemark und Norwegen anzuknüpfen. „Das sensationelle Hamburger Wahlergebnis hat gezeigt, dass der Rechtspopulismus hier so gute Chancen

besitzt wie anderswo“, sagte Professor Frank Decker von der Universität Bonn. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik habe eine politische Kraft rechts von der Union Stimmen absorbiert, die sonst nur den Volksparteien vorbehalten sind. Die Verlierer seien an ihrer Niederlage aber nicht schuldlos. So habe die Hamburger CDU diese Entwicklung durch ihre Ankündigung begünstigt, mit der PRO koalieren zu wollen. „Damit hat das bürgerliche Lager Schill salonfähig gemacht.“ Ronald Barnabas Schill, der Jurist aus gutem Hause, war fortan davor gefeit, als Rechtsextremist abgestempelt zu werden und entging so dem Schicksal der Stigmatisierung. Während die in der Vergangenheit wegen ihres schlechten Images am Überspringen der Fünf-Prozent-Hürde in Hamburg gescheiterten Parteien DVU und Republikaner vorerst in der Versenkung verschwunden sind, füllen Storys über den smarten Hamburger „Mini-Haider“ mittlerweile die Klatschspalten der Boulevardzeitungen.

Erst die „rechtspopulistischen Tendenzen der etablierten Parteien“ habe das Phänomen Schill ermöglicht, meint die Göttinger Rechtsextremismusforscherin Ursula Birsl. Als „Barometer für diesen Politikwechsel“ bezeichnete Birsl das Wahlverhalten junger Frauen, von denen ungewöhnlich viele für den Rechtspopulisten votiert hatten. Eine andere Erklärung für das Phänomen Schill hatte der Kölner Privatdozent Karl-Rudolf Korte parat. In Zeiten der „Pragmatik des Augenblicks“ und des „Tageskanzlertums“, das Gerhard Schröder perfekt verkörpere, gedeihe ein „Chefsachenmythos“, der ein günstiges Umfeld für Anbieter einfacher politischer Lösungen schaffe. Diese Entwicklung gehe Hand in Hand mit dem „Abschmelzen der großen Volksparteien“ und treibe die Wähler in die Hände populärer Anbieter von „Lotsendiensten“. Die Krise der politischen Repräsentanten habe etwas wie eine „Schnäppchenkultur“ entstehen lassen, die geschickte Agitatoren begünstige. Dieser Analyse pflichtete der Parteien- und Verbändeforscher Ulrich von Alemann bei: „Schill ist ein Raubritter auf dem Wählermarkt, der im Busch gesessen und auf seine Gelegenheit gewartet hat.“ Aber Charisma verbrauche sich irgendwann, sagte der Düsseldorfer Professor und setzte darauf, dass „interne Rivalitäten und Querelen“ in der Schill-Partei, deren Wähler im Schnitt rechter als der Parteigründer seien“, den „gefährlichen Rechts-Drift“ bald abschwächen.

Alemanns Kollege Decker war es vorbehalten, die Grundvoraussetzungen für ein Aufkeimen dieses

Parteientypus aufzulisten. Der gesellschaftliche Wertewandel und das Nachlassen traditioneller Parteibindungen spielen ebenso eine Rolle wie passende politische Gelegenheiten. Die würden bei Wahlen aber ohne Auswirkungen bleiben, wenn die Rechtsauslegerparteien samt charismatischer Führerfigur nicht in der Lage sind, vernachlässigte Themen und Probleme aufzugreifen. Welche Bedeutung der geschickte Vorstoß in ein Themenvakuum haben kann, habe die Wahl in Hamburg bewiesen, so Decker: „Die Schill-Partei hat das Themenfeld Kriminalität praktisch monopolisiert. Es ist ihr damit gelungen, die Wählerschaft zu mobilisieren.“

Schill habe der Bekanntheitsgrad als „Richter Gnadenlos“ ebenso geholfen wie seine populistischen und charismatischen Qualitäten. „Er hat es verstanden, von kalkulierter Angstmake über gezielte Provokation bis hin zur Aufstellung von Verschwörungstheorien auf der rechtspopulistischen Klaviatur zu spielen“, erklärte Decker den Aufstieg vom Amtsrichter zum Innensenator. Schill habe mit der Parole von der Verbrecherhauptstadt Hamburg, der Forderung der Kastration von Sexualstraftätern und dem Vorwurf des Wahlbetrugs die Stimmungslage bis weit ins bürgerliche Lager getroffen.

■ In Themenvakuum vorgestoßen ■

Über die weitere Entwicklung der Schill-Partei herrschte weitgehend Einigkeit unter den Experten. Alemann prophezeite, dass der Innensenator Schill „den Spagat zwischen Regierungsamt und Protestpartei“ auf lange Sicht nicht durchstehen wird: „Gegen Schill spricht sein schneller Erfolg.“ Das gelte aber in erster Linie für den Westen. Im Osten, warnte Alemann, seien die Wähler anfälliger für Law-and-Order, auch die Parteibindung sei östlich der Elbe geringer. Sein Kollege Frank Decker befürchtet, dass ein Erfolg bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt eine „Initialzündung“ haben könnte: „Prominente Funktionsträger, sogar komplette Ortsverbände aus dem bürgerlichen Lager könnten dann zu Schill überlaufen und dessen Reputation steigern.“ Dem Schreckensszenario zum Trotz setzt Decker darauf, dass die Schill-Partei mit ihrer Bundesausweitung überfordert ist und sich bald an der „harten Realität die Zähne ausbeißen“ wird. Deckers Empfehlung an die Volksparteien lautet: „Die Parteien müssen den Populisten Paroli bieten und sich deutlich von ihnen abgrenzen!“

Volker Stahl

Ausland

Die Mitbestimmer

Rechte und rechtsextreme Parteien sehen sich in Europa im Aufwind.

„Vielleicht sind es tatsächlich derart große geopolitische und welthistorische Visionen, die ein Erstarken der europäischen Rechtsparteien bewirken kann“. Mit fehlerhafter Grammatik und banger Hoffnung beendete der ehemalige kulturpolitische Berater von Jörg Haider, Andreas Mölzer, die Rezension eines Buches von Franz Schönhuber. Der Mitbegründer der Republikaner und ständige Kolumnenschreiber in Gerhard Freys „National-Zeitung“ hatte 1999 in seinem Buch „Die Eurorechte – Chance oder Illusion“ eine ernüchternde Bilanz über eine Zusammenarbeit der europäischen Rechtsparteien gezogen. Ihr Verhältnis sei von persönlichen Animositäten und Abgrenzungen geprägt. Eine Einigung sei nur zu erreichen, wenn „Europas mittel-, süd- und osteuropäische Patrioten, von der iberischen Halbinsel über Frankreich, Deutschland und dem Balkan, auf einen über Russland bis China reichenden Block hinarbeiten, der dem verderblichen Amerikanismus die Stirn bieten kann.“ Jetzt hat Mölzer einen neuen Versuch zur Einigung der europäischen Rechten gestartet. Aus Anlass des vierjährigen Bestehens der Wochenzeitung „Zur Zeit“, die nach dem Modell der „Jungen Freiheit“ in Österreich die rechten Strömungen bündeln will, hatte Chefredakteur Mölzer zu einem Jubiläumstreffen mit internationaler Beteiligung unter dem Motto „Europas Rechtsparteien und die Medien“ ins Seminarhotel Burg Kranichberg bei Gloggnitz geladen.

Die FPÖ schickte Politiker der zweiten Garnitur, wahrscheinlich um sich als Regierungspartei nicht zu kompromittieren. Neben dem „Zur Zeit“-Mitarbeiter und Historiker Lothar Höbelt, der das Eröffnungsreferat hielt, richtete die FPÖ-Landtagsabgeordnete aus Niederösterreich Barbara Rosenkranz ein Grußwort an die Versammlung. Als höchstrangigster FPÖ-Politiker war Ewald Stadler auf dem Treffen anwesend. Der angekündigte „Vertreter aus Italien“ verzichtete ebenso auf seine Teilnahme wie der ehemalige stellvertretende kroatische Verteidigungsminister Kresimir Cosic. Schließlich sucht die langjährige kroatische Regierungspartei, die rechtsnationalistische HDZ, im Lager der europäischen Konservativen Aufnahme. Anwesend

waren der Vorsitzende des Vlaams Blok Filip Dewinter aus Belgien und der Vorsitzende des Mouvement National Republicain (MNR) Bruno Megret aus Frankreich. Ihm wird anders als Le Pen in einer zukünftigen französischen Rechten eine wichtige Rolle zugetraut. Von der estnischen Vaterlandspartei war Heli Susi vertreten.

Die deutsche Rechte gab sich zersplittert wie immer. Alfred Mechttersheimer suchte im Ausland wiederum jene Unterstützung, die ihm in Deutschland versagt bleibt. Auch der CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer durfte nicht fehlen. Er war als Mitglied der Deutschen Konservativen aufgetreten, dessen Ehrenpräsident er ist.

Aus Ungarn war István Csurka von der Partei der Gerechtigkeit und des Lebens (MIEP) angereist. Csurka und seine Partei hatten in den letzten Monaten immer wieder durch antisemitische Ausfälle Schlagzeilen gemacht. So warf Csurka in einem Aufsatz unter dem Titel „Einige Gedanken über Einkaufszentren, Quartiermacher und die Besetzung Ungarns“ der ehemaligen sozialistischen Regierung vor, sie habe an der Spitze der ungarischen Nationalbank den Manager „aus einer reformierten ungarischen Familie“ durch einen Protegé „jüdischer Abstammung“ ersetzt. Seit langem setzt sich Csurka für die Rehabilitierung ungarischer Nazi-Kollaborateure ein. Trotzdem könnte die MIEP bald Regierungspartei werden. Sollte die gegenwärtig regierende konservative Regierung bei den Wahlen die absolute Mehrheit verlieren, wird die MIEP schon als Koalitionspartner gehandelt.

Dass die Regierungsbeteiligung der FPÖ nach anfänglichem Widerstand allgemein akzeptiert wird, gibt den Rechten in ganz Europa Auftrieb. Mittlerweile wird die norwegische und die dänische Regierung von rassistischen und rechtspopulistischen Parteien unterstützt. Die Dänische Volkspartei (DF) erreichte sogar mehr als 12 Prozent der Stimmen. Neben dem Kampf gegen Flüchtlinge hat sie sich als Anti-EU-Bewegung in den letzten Jahren profiliert. Allerdings deutet wenig darauf hin, dass eine einige Euro-Rechte entsteht.

Für den Berliner Politologen Richard Stöss hat das strukturelle Gründe: „Der Rechtsextremismus verfügt nämlich trotz permanenter Anstrengungen seiner Vordenker über keine ideologische Rechtfertigung für internationale Bestrebungen. Allenfalls Zweckmäßigkeitserwägungen bewegen ihn zu internationaler Kooperation, soweit ihr nicht nationale Interessen im Weg stehen.“ *Peter Nowak*

Demokratische Initiativen**„Das Netz nutzen“****Interview mit David Gall, dem Gründer von haGalil-online.**

BnR: *haGalil-online gehört zu den weltweit größten Online-Diensten, die Informationen zum Thema Judentum anbieten. Wie entstand die Idee, ein solches Internet-Angebot zu etablieren?*

David Gall: Als ich mich 1994/95 beruflich erstmals intensiver mit dem World Wide Web beschäftigte, wollte ich auch wissen, was sich zum Thema Judentum im Internet finden ließ. Ich habe Begriffe wie Talmud, Schabath, koscher und anderes mehr eingegeben – und bin fast ausschließlich auf Nazi-Websites gelandet. Genauso sah das übrigens bei Suchbegriffen wie „Auschwitz“ oder „Hitler“ aus. Das war der Anfang von haGalil-online. Die allerersten Seiten, die wir ins Netz eingestellt haben, entstanden dann aber unter dem Schock der Ermordung des Ministerpräsidenten Jizhak Rabin im November 1995.

BnR: *Welche Reaktionen haben Sie erlebt?*

Gall: Die Resonanz schon auf diese ersten Seiten war enorm. Damals kamen die meisten Reaktionen aus den USA, weil dort das Internet schon verbreitet war, während es in der Bundesrepublik nur wenige nutzten. haGalil ist dann allmählich gewachsen, und die Resonanz in Deutschland nahm mit der Verbreitung des Internets immer weiter zu. Schließlich haben wir uns entschlossen, den Dienst professionell zu betreiben. Damit reagierten wir auch auf die weitere Zunahme von Nazi-Seiten im

Netz und die Tatsache, dass Antisemitismus das zentrale Merkmal nazistischer Propaganda ist. Wir nahmen uns vor, dass wir jeder dieser Hetz- und Propagandaseiten hundert unserer Seiten mit echten Informationen entgegensetzen würden.

BnR: *Ein professioneller Online-Dienst mit hohem inhaltlichen Anspruch erfordert doch erhebliche personelle und finanzielle Mittel. Wie viele Mitarbeiter haben Sie, und wie finanziert sich haGalil-online?*

Gall: Regelmäßig arbeiten zehn bis zwölf Menschen ehrenamtlich für haGalil-online. Darüber hinaus gibt es einen Kreis an sporadisch mitarbeitenden Menschen, die beispielsweise Chatrooms im Internet betreuen. Obwohl wir mit unseren Angeboten, die zu einem großen Teil von Jugendlichen wahrgenommen werden, eine wirklich öffentliche Aufgabe erfüllen, erhalten wir keinerlei öffentliche Förderung. Das heißt, haGalil-online wird hauptsächlich von uns selbst finanziert, aus unserer Arbeit als Webdesigner. Es gibt auch die Möglichkeit, uns durch Spenden zu unterstützen. Natürlich kann bei uns Werbung geschaltet werden; mit 1,8 Millionen Seitenaufrufen durch rund 140 000 Leser monatlich gehören wir zu den großen Online-Diensten Deutschlands und sind so auch für die Werbewirtschaft interessant.

BnR: *Was bewirkt Ihr Informationsangebot?*

Gall: Zunächst einmal haben beispielsweise Schüler, die Informationen über Judentum suchen, durch uns die Chance, etwas anderes zu finden als antisemitische Hetze. Für Jugendliche, die keinerlei Vorwissen haben, sind Nazi-Seiten mit Aussagen etwa über das Schächten oder über jüdische Feiertage nicht unbedingt als Hetzseiten erkennbar. Nicht auf jeder Nazi-Seite prangen Hakenkreuze. Beiträge unter der Überschrift „Das Judentum besser verstehen lernen“ wirken so erstmal ganz seriös. Die Hetze und Desinformation ist subtil in den Beiträgen versteckt, wenn zum Beispiel Purim als „Siegesorgie der Juden über die Nichtjuden“ dargestellt wird, während an diesem Feiertag tatsächlich der Rettung der persischen Juden vor der Verfolgung vor zirka 2400 Jahren gedacht wird. Die meisten Menschen hier zu Lande wissen so wenig über Judentum, dass sie gar nicht zwischen Lüge und Wahrheit unterscheiden können. Und so werden oft antisemitische Klischees weitergegeben, ohne dass die Beteiligten wissen, welchem Hintergrund entsprechende Aussagen entstammen.

haGalil-online

Rund 50 000 Dateien sind unter der Adresse www.hagalil.com abrufbar. Wer in Internet-Suchmaschinen Stichwörter wie „Judentum“, „schächten“ oder „Jom Kipur“ eingibt, findet mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Angeboten von haGalil-online. Spendenkonten: Förderverein haGalil e.V., Postbank Berlin (BLZ 100 100 10), Konto-Nr. 635 659-102; Tacheles reden!, Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00), Konto-Nr. 610020480.

BnR: *Nun wissen die meisten Menschen heute auch nur wenig über die anderen Weltreligionen, machen deshalb aber keine Christenwitze. Dagegen hält sich Antisemitismus hartnäckig auch in säkularen Gesellschaften. Warum?*

Gall: Antisemitismus hat eine lange Tradition, die ursprünglich aus der christlichen Lehre kommt, sich aber längst verselbständigt hat. In der heutigen Zeit wissen die meisten Menschen zwar wenig über christliche Werte, aber von „Judas dem Verräter“, hat fast jeder schon einmal gehört. Außerdem darf man nicht übersehen, wie stark in diesem Land die Nazi-Propaganda gewirkt hat. Sicher haben sich viele Menschen nach 1945 vom Nazi-Regime und von der Vernichtung jüdischer Mitbürger distanziert, aber die Propaganda hat nachhaltig gewirkt und ist auch in die Erziehung der Nachgeborenen eingeflossen. Irgendetwas müsse doch mit den Juden nicht stimmen – das ist eines der beharrlichsten Klischees überhaupt. Gegen diese Art von Vorurteilen kann man am besten vorgehen, wenn man darstellt, was Judentum wirklich bedeutet.

BnR: *Das Gros der von Nazis verbreiteten Internetangebote erfüllt Straftatbestände. Wie sollte man aus Ihrer Sicht dagegen vorgehen?*

Gall: Fünfzig Prozent der sanktionierten Delikte wegen nazistischer und antisemitischer Propaganda im Internet werden über haGalil zur Anzeige und strafrechtlichen Verfolgung gebracht. Wir investieren viel Zeit und Energie in diese Arbeit und müssen interessanterweise oftmals die Staatsanwaltschaften darüber aufklären, wie weit die strafrechtlichen Möglichkeiten reichen. Oft heißt es ja, dass keine Strafverfolgung möglich sei, wenn Hetzseiten von ausländischen Servern „gehostet“, also verwaltet würden. Doch wenn der Herausgeber solcher Naziseiten nachweislich in der Bundesrepublik Deutschland sitzt, kann die Staatsanwaltschaft tätig werden. Wir finden uns dann in der seltsamen Rolle, Staatsanwälten zu erklären, dass sie die Pflicht zur Strafverfolgung haben – nicht, weil wir das wollen, sondern weil es so in den deutschen Gesetzen steht.

BnR: *Die Bundesregierung und die Bundesländer haben verschiedene Ansätze gestartet, gegen Nazi-Angebote im Internet vorzugehen; etwa Filtersoftware oder die Selbstverantwortung der Provider für die von ihnen eingestellten Angebote. Was halten Sie davon?*

Gall: Diese Initiativen bewirken aus meiner Sicht nichts, im Gegenteil: Sie sind sogar kontraproduktiv. Filtersoftware kann sehr schnell umgangen werden; die identischen Angebote finden sich dann eben unter anderen Adressen, und gerade Jugendliche sind sehr findig, wenn es ums Internet geht. Eine Selbstverantwortung der Provider ist aus meiner Sicht ebenso ein falscher Weg. Man sollte es nicht Privatunternehmen überlassen zu kontrollieren, was ins Internet eingestellt wird und was nicht. Der Provider verdient auch, wenn Neonazis die Nazi-Seiten anklicken. Und diese Seiten sind ja tatsächlich gut besucht. Es gibt aber noch einen dritten Ansatz der Bundesregierung, der meines Erachtens bisher ebenfalls nichts Konkretes bewirkt hat: die Idee des so genannten Weltkonsens aus dem Haus von Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin. Hier wurde schon vor einiger Zeit in einer „Berliner Erklärung“ proklamiert, einen Weltkonsens über Internet-Inhalte zu erzielen. In den USA, wo jeder sagen kann, was er will, ist diese Idee auf keine Resonanz gestoßen. Es ist aber auch nicht sehr wahrscheinlich, dass sich arabische Länder einem Weltkonsens anschließen, der ihnen vorschreibt, was sie beispielsweise über Israel und den Nahostkonflikt publizieren dürfen. Man wird nie einen Weltkonsens darüber zustandebringen, was über Juden gesagt werden darf und was nicht. Das World Wide Web ist nunmal so angelegt, dass von jedem Rechner, an jedem Ort der Welt praktisch jede Information ins Netz eingestellt werden kann.

BnR: *Bleibt am Ende allein ihr Angebot als wirksames Instrument gegen Nazi-Propaganda im Internet?*

Gall: Unser Ansatz ist sicher der nachhaltig wirksamste, und bei ausreichender Unterstützung könnten wir noch sehr viel mehr erreichen. Ich denke, die zuständigen Stellen haben die Brisanz des Problems, auch in Bezug auf islamistische Hetze, nie begriffen, und dementsprechend gering ist dann auch die Bereitschaft, sich mit erfolgreichen Lösungsansätzen auseinander zu setzen. Manchmal habe ich gedacht, dass wir abschalten müssen, weil wir allein diese Aufgabe nicht leisten können. Doch dann weiß ich, dass tausende von Schülern, die unsere Seiten lesen, die uns E-Mails schicken, an Internet-Foren teilnehmen oder auch anrufen, wieder auf Nazi-Seiten landen. Insofern wäre es verantwortungslos, haGalil aufzugeben.

Interview: Gudrun Giese

Demokratische Initiativen**„Ein biblisches Alter“****Die „Tribüne“ feiert 40-jähriges Jubiläum**

40 Jahre des Bestehens der in der Mainmetropole Frankfurt erscheinenden Zeitschrift „Tribüne“ wurden am 6. Dezember im Jüdischen Museum gefeiert. Ein „wahrhaft biblisches Alter“ für eine Zeitschrift ohne jedwede Subvention und trotz des großen Zeitschriftensterbens sowie der zahlreichen Neuerscheinungen in den vergangenen Jahren, wie der Initiator und Gründer, Otto R. Romberg, in seiner Rede aufzeigte.

Die „Tribüne“, die den Untertitel „Zeitschrift zum Verständnis des Judentums“ trägt, erreicht viele tausend Leserinnen und Leser in der Bundesrepublik, Israel und anderen Ländern. Präsentiert werden in den dreimonatlich erscheinenden Heften prominente Autoren und Interview-Partner aus Politik, Wirtschaft und Kultur. Politiker wie Willy Brandt und Richard von Weizsäcker, Shimon Peres und Ezer Weizman, Intellektuelle wie Heinrich Böll und Max Horkheimer und viele andere mehr gehörten und gehören zum Kreis von über 1200 Autoren, die in etwa 3500 Beiträgen zum nachdenklichen Gedankenaustausch und der Verständigung zwischen Juden und Nichtjuden beigetragen haben.

Die „Tribüne“ will dem Antisemitismus und Antijudaismus mit realistischen Darstellungen jüdischer Lebenswelten entgegentreten und mit kritischen und objektiven Beiträgen auch Interesse für den Staat Israel und die Probleme in Nahost wecken. Untersucht und analysiert werden ebenso die Strukturen und Auswirkungen von Antisemitismus, Rassismus und Ausländerhass. Ein Schwerpunkt der Darstellungen ist weiterhin die Zeit des Nationalsozialismus. Diskussionsthema sind auch wirtschaftliche und soziale Konflikte, die oft zur Urteilsbildung beitragen.

Mit diesem selbstgesteckten Aufgabenkatalog wurde die „Tribüne“ – wie Frankfurts Kulturdezernent Hans-Bernd Nordhoff in seinem Grußwort betonte – zu einer „wichtigen Vermittlerin des akademischen und intellektuellen Diskurses zu verschiedensten Themenkomplexen, deren Spannweite von A wie Auschwitz bis Z wie Zionismus“ umfasst. Nordhoff wies in diesem Zusammenhang auch auf die bedeutende Rolle der „Tribüne“ bei zahlreichen Geschichtsdebatten und der Auseinan-

dersetzung um die Interpretation der NS-Gewaltherrschaft und ihrer Wirkungsgeschichte hin. Er erinnerte an Beiträge von Tribüne-Autoren zur Fassbinder-Kontroverse, zum Historikerstreit oder auch bei der Diskussion um die Thesen von Daniel J. Goldhagen und in der Bubis-Walser-Debatte.

Salomon Korn vom Zentralrat der Juden in Deutschland würdigte in seiner Laudatio ausdrücklich das unermüdliche Engagement des „Tribüne“-Redakteurs Otto R. Romberg und der Herausgeberin Elisabeth Reisch im Kampf gegen antidemokratische Tendenzen in der bundesdeutschen Gesellschaft. Nach wie vor gelte es, verkrustete antisemitische Denkschemata aufzubrechen.

Initialfunke zur Gründung der Zeitschrift „Tribüne“ war der 25. Dezember 1959. Damals ging die alarmierende Nachricht von den geschändeten Synagogen in Köln und Bonn um die Welt. An Heiligabend waren dort die jüdischen Gotteshäuser mit Hakenkreuzen und anderen NS-Symbolen besudelt worden. Es folgte eine Welle rechtsextremer Schmierereien, Friedhofsschändungen und auch persönlich gegen jüdische Bürger gerichtete Pöbeleien. Hier war, betonte Romberg, „der Antisemitismus nach Auschwitz eigentlich in einem Deutschland ohne Juden wieder sichtbar geworden.“ Zum Jahreswechsel 1961/62 erschien dann die erste Ausgabe der „Tribüne“.

Der jüdische Journalist Romberg hat eine eigene dramatische Lebensgeschichte: nur knappe Rettung vor der Deportation nach Auschwitz, Ermordung des Vaters, Ghetto in Budapest, später nach dem Krieg Gefangenschaft wegen antikomunistischer Tätigkeit, Teilnahme am Ungarn-Aufstand, 1956 Flucht nach Wien. Später arbeitete er als Korrespondent in der Bundesrepublik. 1996 wurde Romberg mit dem renommierten Leo-Baeck-Preis des Zentralrats der Juden in Deutschland ausgezeichnet, weil er, wie der verstorbene Vorsitzende Ignatz Bubis seinerzeit bei der Verleihung sagte, „eine Brücke gebaut hat von Juden zu Christen oder Andersgläubigen“.

Wünschen wir, wie Salomon Korn betonte, der „Tribüne“ weitere 40 Jahre im Dienste der Verständigungsarbeit zwischen Juden und Nichtjuden – getreu dem Motto von Jean Amery: „Sich zur eigenen Geschichte zu bekennen, ist ein Zeichen von Mut und Erkenntnis.“

Anton Maegerle

Tribüne. Zeitschrift zum Verständnis des Judentums.
www.tribuene-verlag.de

Seitenblick

Der Kollege Pfromms

Generalstaatsanwalt will Verherrlichung der Waffen-SS nicht bestrafen.

Generalstaatsanwälte sind mächtige Leute. Sie haben Aufsicht und Kontrolle über alle Anklagevertreter und Anklagen in ihrem Bereich. Kleine Bundesländer begnügen sich oft mit einem „General“, wie Staatsanwälte auch ihren Chef nennen. Nordrhein-Westfalen als Land mit den meisten Einwohnern leistet sich drei – aus gutem Grund, damit die Kontrolle auf mehrere Köpfe verteilt ist. Dennoch hat es auch dort in den 70er Jahren schlimme Fälle von Amtsmissbrauch gegeben. Sie sind mit dem Namen des langjährigen Kölner Generalstaatsanwaltes Werner Pfromm verbunden. Pfromm war in der Nazizeit als Wehrmachtsführungsoffizier dafür verantwortlich, dass in seiner Einheit alles stramm nach NS-Wunsch verlief. Das hinderte die SPD-FDP-Landesregierung Anfang der 70er Jahre nicht daran, Pfromm zum Generalstaatsanwalt von Köln zu ernennen. Zweifelsfrei haben dabei koalitionspolitische Entscheidungen oder Erpressungen eine Rolle gespielt. Welche, das ist bisher nicht herausgekommen. Fest steht dagegen, dass Pfromm nach dem vorbildlichen Strafverfahren in Köln gegen Lischka und Co. wegen der „Endlösung“ in Frankreich weitere NS-Prozesse in seinem Bereich verhindert hat. Die zuständige Staatsanwaltschaft musste damals Frankreich betreffende Ermittlungsverfahren an andere Anklagebehörden abgeben. Dort wurden sie eingestellt, weil den Staatsanwälten der Sachverstand fehlte, den sich die Kölner erarbeitet hatten.

Aktuell hat das Thema „Generalstaatsanwalt“ jetzt ein sächsischer Kollege Pfromms gemacht. Er heißt Jörg Schwalm, ist der Generalstaatsanwalt des Freistaates Sachsen und zu jung, um in der NS-Zeit aktiv gewesen zu sein. Anlass, sein Rechtsverständnis öffentlich darzulegen, lieferte Schwalm am 1. September eine große Demonstration von Rechtsextremisten und Neonazis in der Leipziger Innenstadt. Polizei und Staatsschutz waren zur Stelle, hielten sich aber anfangs zurück. Als dann die Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS!“ durch die Straßen hallte, griffen die Beamten zu. Von fast 300 Demonstranten stellten sie die Personalien fest. Die Liste wurde der Staatsanwaltschaft zur Einleitung von Strafverfahren übergeben. Die Ankläger

machten sich eifrig an die Arbeit. Schließlich lag ein eindeutiger Verstoß gegen Paragraph 86 a des Strafgesetzbuches vor, der die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen mit bis zu drei Jahren Haft bedroht.

Als sich Anfang November in Leipzig erneut Rechtsextreme zusammenrotteten und dieselbe Parole grölten, griffen Polizei und Staatsschutz nicht ein. Passanten fanden das merkwürdig und fragten, woran das wohl liege. Die Antworten lösten großes Erstaunen aus. Die Beamten verwiesen auf ein Schreiben des „Generals“ Schwalm vom 29. Oktober, nach dem die zitierte Verherrlichung der Waffen-SS nicht strafbar sei. Zuvor waren nach Oberstaatsanwalt Norbert Röger in Leipzig bereits 286 Ermittlungsverfahren wegen der Demonstration am 1. September – dem internationalen Antikriegstag – eingestellt worden. Nun, da die Affäre in der Öffentlichkeit war und Proteste ausgelöst hatte, schritt Schwalm's Dienstherr, der sächsische Justizminister Manfred Kolbe (CDU) ein. Schwalm solle die Weisung zurücknehmen und sicherstellen, dass gegen die Parolen-Schreier ermittelt werde. Gerichte sollten klären, ob solche Parolen strafbar seien. Um das zu erfahren, genügt allerdings ein kurzer Blick ins Strafgesetzbuch (StGB). Dort steht unter Paragraph 86 a: „Kennzeichen im Sinne des Absatzes (des Paragraphen 86 a; Anm.) sind namentlich Fahnen, Abzeichen, Uniformstücke, Parolen und Grußworte.“

■ Ermittlungsverfahren eingestellt ■

Die Opposition im sächsischen Landtag hat jetzt Justizminister Kolbe aufgefordert, personelle Konsequenzen aus dem Fall zu ziehen – mit anderen Worten, Schwalm zu entlassen. Der will aber nicht einmal auf Gerichtsurteile warten, sondern ließ seinen Pressesprecher Wolfram Jena mitteilen, es werde kein dienstrechtliches Verfahren gegen den „General“ geben. Wenige Tage später gab es in Dresden eine große Feier: Die neue Synagoge wurde eingeweiht und viel Prominenz war an die Elbe gekommen, um mit der Gemeinde zu feiern. Paul Spiegel nutzte die Gelegenheit zu der Frage, warum es einer Weisung des Ministers an seinen „General“ bedurft habe, um zu ermitteln. Die Antwort steht aus. Nun müssen die zuständigen Amtsgerichte sorgfältig beobachtet werden. Dass sich die Schreier strafbar gemacht haben, kann kaum bezweifelt werden. Jetzt kommt es auf den Verfolgungswillen der Justiz an. *Heiner Lichtenstein*

Seitenblick**Die „Kanada-Lüge“**

In Rotenburg werden Zweifel an der Verfolgung der einheimischen Juden gesät

„Totenburg an der Trümmer“ heißt das Städtchen unter Wehrpflichtigen, die dort kaserniert sind. Sonst ein verschlafenes Nest macht Rotenburg an der Wümme zwischen Bremen und Hamburg immer dann von sich reden, wenn es um die eigenartige Auffassung von Vergangenheitsbewältigung geht, die dort vorzuherrschen scheint.

Geschützt und unterstützt von den Honoratioren befand sich in der Kreisstadt die Geschäftsstelle des Altnazi-Netzwerks „Stille Hilfe“. Unter anderem wurden die „integre(n) Bürger“ vom juristisch geschulten Stadtdirektor darin beraten, wie sie sich „gegenüber (...) Verleumdungen (...) von kommunistischer Seite“ verhalten könnten. Erst als der Verein bundesweit ins Visier geriet und ihm die Gemeinnützigkeit aberkannt wurde, mochte man auch in Rotenburg die Gefolgsleute von Himmlers Tochter Gudrun Burwitz nicht mehr leiden; 1994 verzog sich die „Stille Hilfe“ aus der Stadt.

Vorher, von 1984 bis 1989, hatte Rotenburg um das Gedenken an die von den Nazis Verfolgten gerungen. Das waren vor allem die rund 600 im Zuge des Euthanasieprogramms ermordeten Insassen der bis heute bestehenden „Rotenburger Anstalten“. Und das war die jüdische Familie Cohn. Die längste Zeit blieb die Stadtverwaltung bei der Geschichte, das Kaufhaus der Familie Cohn sei 1929 „veräußert worden“, die Familie „ist sodann nach England gezogen. Über eine Verfolgung der Familie Cohn ist hier nichts bekannt.“

Die Wahrheit, reichlich belegt mit Dokumenten und Zeitzeugen-Aussagen, sah anders aus. Zwar waren zwei Töchter der Familie ins Ausland geflohen, die Eltern aber erlebten die Reichspogromnacht in Rotenburger Polizeihaft und verließen erst 1939 die Stadt. Dass die Stadtoberen eine andere Version verbreiteten, erklärte der Stadtdirektor damit: „Das war wohl ein Tippfehler. So ist 1929 zu 1939 geworden.“ Von Berlin aus, wo sie auf Papiere für ihre Ausreise warteten, wurden Hermann und Gertrud Cohn 1943 mit dem 33. Osttransport nach Auschwitz deportiert und dort umgebracht.

Am 9. November 1989 wurde vor dem Rotenburger Rathaus ein Gedenkstein für die Opfer des NS-Regimes eingeweiht. Gegen erheblichen Widerstand seitens der konservativen Opposition. Seit der Kommunalwahl im September haben CDU und Wählergemeinschaft die Macht im Rathaus. Und die Erinnerungsarbeit fängt von vorne an. Mit neuen Tippfehlern.

„Gibt es eigentlich Anekdoten, lustige Erlebnisse aus jener Zeit?“, fragt Gernot Breitschuh während eines zweistündigen Gesprächs sechs „ältere Mitbürger“. Da gab es einmal einen „Halbjuden“, der hat geklaut, erzählen die alten Herrschaften. „Wir haben ja hier keine Juden gehabt außer Kohn und Heidelberg, äh... Heilbronn“, fällt ihnen dann noch ein. „Die Alten sind ja in Berlin umgekommen.“ Ein anderer korrigiert: „Der alte Kohn, so weiß ich es jedenfalls, ist nach Süddeutschland gegangen, nach Freiburg oder so. Denn hier war der ja praktisch pleite, der war zu gut für diese Welt“. Breitschuhs Mitschrift der Plaudereien wurde Ende 2000 in den „Rotenburger Schriften“, einer Publikation des „Heimatbundes“, veröffentlicht. Die Empörung blieb nicht aus.

Der Holocaust als lustige Anekdote? In einer Stellungnahme für die Lokalpresse rechtfertigt sich Breitschuh, er habe das Gespräch nur abgetippt. Und ihm sei nichts aufgefallen. Auf Nachfrage besteht er auf der falschen Schreibweise der Familie, und die Zeitung korrigiert brav das „Cohn“ in einem Leserbrief zu „Kohn“. Immerhin kündigt der Heimatbund an, in der im November 2001 erscheinenden nächsten Ausgabe der „Rotenburger Schriften“ einen Beitrag „Von den Juden in Rotenburg, insbesondere von der Familie Cohn“ zu drucken. Eine ehrenamtliche Gästeführerin macht sich an die Arbeit und sammelt die verfügbaren Daten. Als sie aber ihren Text abliefern, erhält sie zur Antwort, dass der Vorstand des Vereins längst beschlossen habe, nun doch nichts mehr zu dem Thema zu publizieren: „Es geht uns darum, die 'Rotenburger Schriften' aus politischen Auseinandersetzungen herauszuhalten, wie wir sie für den Fall einer Veröffentlichung befürchten.“ Der Text der Gästeführerin ist eine schlichte Faktensammlung. Weil sie schließlich wusste, für wen sie schriebe, sagt sie, habe sie sich jeder anstößigen Formulierung enthalten. Welche „politische Auseinandersetzung“ also fürchtet der Heimatbund?

Die Vorstandsvorsitzende des Vereins hat darauf keine Antwort. Sie räumt ein, dass der Beitrag von

Breitschuh „etwas unglücklich verfasst“ sei – aber nun ist es auch genug mit dem Thema. Sich um NS-Geschichte und Judenverfolgung zu kümmern, sei nicht Aufgabe des Heimatbundes. Überhaupt sei ja das Schicksal der Familie Cohn unklar, fährt sie fort. Es gäbe da verschiedene Versionen. Zum Beispiel sei gar nicht gesichert, dass Hermann und Gertrud Cohn in Auschwitz umgekommen seien. Verwandte von ihnen, die ebenfalls in Auschwitz gestorben sein sollen, wurden noch letztes Jahr von Touristen in Kanada gesehen, sagt sie.

Auch Breitschuh findet, man solle über die verfolgten Rotenburger Juden schweigen, solange die Quellenlage unsicher sei. Von der über fünf Jahre dauernden Debatte um das Rotenburger Mahnmal, während der vor allem um das Wissen über das Schicksal der Familie Cohn gestritten wurde, habe er nichts mitbekommen. Nein, der 63-Jährige lebte damals nicht hinterm Mond, sondern war Schulrat für den Landkreis. Auch die „Stille Hilfe“, sagt er, ist ihm unbekannt. Dass ein Leserbriefschreiber ihm „Stille Hilfe für glatzköpfige Schlägerbanden“ vorwirft, kann er nicht begreifen.

Seinen Beitrag, den er ausdrücklich für den Gebrauch an Schulen verstanden wissen will, gibt er als „oral history“ aus. „Diese Art von Forschung ist subjektiv, zufallsbestimmt, ungenau oder auch falsch“, behauptet er. Der promovierte Historiker ist offenbar mit der Methode nicht vertraut. Mündliche Überlieferung zu sichern ist dabei ein Aspekt. Weil die Erinnerung von Zeitzeugen aber anfällig für Irrtümer ist, muss um so genauer geprüft und mit schriftlichen Quellen verglichen werden – bevor man etwas in die Welt setzt. Es hätte genügt, dass Breitschuh sich das Material im Stadtarchiv anschaut. Das aber kennt er angeblich nicht – um dann seine These, der Tod der Cohns in Auschwitz sei zweifelhaft, mit dem Brief eines Verwandten von 1946 zu belegen, in dem dieser sich nach dem Schicksal der Familie erkundigt, und der Teil einer Dokumentation des Stadtarchiv ist.

Fachkollegen von Breitschuh finden dessen Vorgehen „unverständlich“. Sinn macht es, wenn man weiß, dass einer der Teilnehmer der Gesprächsrunde, die die Legende von der „Auswanderung“ der Familie Cohn zu erneuern versuchte, als Stadtrat seinerzeit zu den entschiedensten Gegnern des Mahnmals gehörte. Ein „konservativer Rollback“ sei das Ganze, glaubt einer der Initiatoren des Mahnmals. Man will nicht wahrhaben, was man vor zwölf Jahren noch gewusst hat. *Uwe Ruprecht*

Seitenblick

Brandreden

Mit dem ihm eigenen mephistophelischen Lächeln beschwor der Ministerpräsident S., als in der Plapperschau des ZDF die Sprache auf das Einwanderungsgesetz kam, die angeblich 70 Prozent der deutschen Bevölkerung, die gegen Zuwanderung, sprich Fremde, Ausländer, seien. Dem Ministerpräsidenten war wahrscheinlich nicht bewusst, dass in der nämlichen Woche der lange ver- oder hingeschleppte Prozess gegen die Brandstifter von Rostock-Lichtenhagen beginnen sollte. Unter dem Beifall von 3000 Landsleuten des Ministerpräsidenten hatten im Jahr 1992 Kriminelle ein von Ausländern bewohntes Hochhaus im Rostocker Stadtteil Lichtenhagen in Brand gesteckt – man kann einen solchen Vorgang auch Pogrom nennen. Die Androhung einer Unterschriftenaktion wurde von Hilfswilligen in bekannter Manier zurückgeholt – jetzt nicht, noch nicht, überhaupt nicht denke man an die Befragung des Volkes.

Gleichwohl, auf dem Klavier des Populismus hat die Union seit Alfred Dreggers Zeiten immer wieder gern gespielt. Man mag es dem Ministerpräsidenten nicht verdenken, wenn er sich nur unter Landsleuten wohlfühlt. Dennoch möchte man von einem Manne, der politische Verantwortung für sein Land und dessen Zukunftsfähigkeit beansprucht, erwarten, dass er seinen Landsleuten sagt, wie denn angesichts der Gebärfaulheit der Deutschen die demographische Lücke geschlossen werden soll, wenn Deutschland in den nächsten Jahrzehnten „vergreist“.

Wer in den Vierjahreszeiträumen von Wahlen denkt – und das gilt leider für die deutsche Politik insgesamt – der wird keine Veranlassung haben, den Wählern von heute zu sagen, wer die Wirtschaft am Laufen halten wird, woher die innovative Zukunftsfähigkeit des Volkes kommen soll, wer schließlich die Renten verdienen soll, wenn die große Zahl der Deutschen jenseits der 65 sein wird. In dieser Situation ist es schwer nachvollziehbar, wenn, statt sich um die Zukunft zu sorgen, ins Horn der Populisten, um nicht zu sagen der extremistischen Nationalen getutet wird. Das Thema Zuwanderung eignet sich nicht für den Wahlkampf. Das muss auch der Unionsspitze – vorsorglich – nochmals mit Nachdruck deutlich gemacht werden.

Klaus-Henning Rosen

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Nation&Europa“ (NE), 51. Jg., Heft 11/12/2001: Altmeister Franz Schönhuber empfiehlt die Gründung einer neuen Partei, die NWP (Nationale Widerstands-Partei), die aber nur die Masse bringen soll. Staatsbeamte und Berufssoldaten sind „sowohl im organisatorischen wie ideologischen Bereich“ ausgeschlossen. Die eigentliche Lösung sind die „Kader“ einer „kleinen untereinander vernetzten Elite“, die „die intellektuellen Voraussetzungen schaffen (sollen), um Masse durch Klasse zu ersetzen“. Es bedarf dazu „eines zugkräftigen Blickfanges, also eines noch relativ jungen Menschen mit hohem Bekanntheitsgrad“ (wie wär's mit Harry Potter?). Neben diesem x-ten Aufguß, die zersplitterte Rechte zu sammeln, geht NE voll auf den Antiamerikakurs und die NATO-Unterstützung durch die Bundesregierung (der vorgehalten wird, sie sei „von der Aura des Militärischen völlig unbeleckt“). Gegen die USA und Internationalismus (Jürgen Schwab) beziehungsweise Globalisierung wird Norman Mailer („meistgehasste Nation auf der Erde – Zitat nach „Welt am Sonntag“ vom 16.9.2001) in Anspruch genommen. Der Islam wird angesichts des Verbots, Zins zu nehmen, als unvereinbar mit dem Kapitalismus erklärt (Fritz Stenzel), was der Realität sicher nicht mehr entspricht. Der deutschen Führung empfiehlt man „Äquidistanz zu allen Mächten“, der Angriff vom 11. September beschränke sich auf die USA, Aufgabe Deutschlands sei, den „asymmetrischen Krieg“ durch nicht integrierte Bürgerkriegsarmeen Fremder auf deutschem Boden zu verhindern (Rüdiger Schrembs). Deshalb müsse die Zuwanderungspolitik geändert werden – ein zweites gegen die Regierung gerichtetes Dauerthema. In der Ausrichtung gegen Amerika gerät einiges durcheinander bei der Einordnung eines islamisch geprägten Terrorismus und Osama Bin Ladens in die Rolle des Märtyrers. In den Vordergrund rückt ferner das Thema „Familie“: ein Lob wird Frankreichs „Babyboom“ ausgesprochen, da hier zu Lande die gemeinschaftsfördernde Kraft der Jugendorganisationen in den deutschen Diktaturen fehle, empfiehlt man die intakte Familie. Kritisiert wird das Bemühen, an deutschen Schulen Demokratie gegen Rechtsextremismus zu vermitteln (Sabine Poling). Zwiespältig reagiert der Rezensent Peter Bochinski schließlich auf die medialen „Enthüllungen“, Adolf Hitler sei sowohl schwul als auch ein Weiberheld gewesen. (khr)

„Junge Freiheit“ (JF), 16. Jg., Nr. 47-50/01:

Das Thema Zuwanderung wird kräftig angeheizt. Alexander Barti sieht mit der „hitzigen Debatte um das geplante Zuwanderungsgesetz“ Politiker von CDU/CSU wieder auf die „konservative Linie gebracht“. Paul Rosen rät der Union, sich des „zündenden Themas“ bei den Bundestagswahlen zu bedienen, denn „verschwiegene Themen“ würden sich ihre Parteien suchen. Jörg Fischer führt den Wahlerfolg der Rechten in Dänemark, die mit dem Thema Zuwanderung gepunktet hatten, ins Feld (47, 49/01). Als „erfolgreichen Aufstand gegen Denkverbote“ bewertet Gustav Domberg das von der österreichischen Wochenzeitung „Zur Zeit“ veranstaltete Treffen mit rechtsextremen Politikern aus Belgien, Frankreich und Ungarn. „Zur Zeit“-Chefredakteur Andreas Mölzer fordert die Kooperation der europäischen Rechten gegen das „linksliberale Meinungsdictat“. Der belgische Vlaams Blok würde sich der JF zufolge gerne an eine Liste der FPÖ zur Europawahl anhängen (47, 48/01). Hans Nawratil, Autor des „Schwarzbuch der Vertreibung 1945 bis 1948“ sieht von Sowjets an Deutschen begangene Gräueltaten nicht als Reaktion auf das vorhergegangene Wüten der NS-Truppen, sondern als „Produkt einer jahrelangen, gezielten Hasskampagne“ des Sowjetsystems, das die Soldaten der Roten Armee mit „Hass- und Mordpropaganda“ überschüttete. Demzufolge sei der „Völkermord an und die Vertreibung der Deutschen“ nicht mehr als „Kriegsfolge“ sondern als „moralisch isoliert zu beurteilendes Verbrechen“ zu bewerten, so Nawratil. Eine Anzeige der revisionistischen Verlage Grabert und Hohenrain verweist die JF-Leserschaft wohl auf weiterführende Literatur (49/01). Chefredakteur Dieter Stein weiß „seriöser Forschung“ zufolge die Verletzungen des Kriegsvölkerrechts nicht den ritterlichen deutschen Soldaten, „sondern in erdrückender Zahl der sowjetischen Seite“ anzulasten. Gerade diejenigen, die heute deutsche Soldaten nach Afghanistan schicken wollten, begrüßten die Neueröffnung der Wehrmachtausstellung, die „die deutsche Armee des Zweiten Weltkriegs und ihre Soldaten unter den Verdacht eines ‘Vernichtungskrieges’“ setze, mokiert sich Stein (49/01). Unverständnis äußert Barti, dass die „von der NPD organisierten Gegner“ der Wehrmachtausstellung nicht durch das historische jüdische Viertel von Berlin ziehen durften, besagtes Viertel sei nämlich „nie ein ‘jüdisches’ gewesen, dort lebten prozentual nicht mehr Juden“ als in anderen Stadtteilen, rechnet der JF-Autor vor. Für Meinungsfreiheit dürfen in der JF die antisemitischen „Unabhängigen Nachrichten“ werben (50/01).(gn)

Bücherschau**Kontinuität der NPD**

Sein zweites Buch bezeichnet Jörg Fischer, ehemals hauptamtlicher Mitarbeiter rechtsextremistischer Parteien und Periodika, als Streitschrift, „die zum Widerspruch und zur Diskussion anregt“. In der Einleitung lässt der Autor die Befürchtung aufkommen, dass er darunter eine Sammlung undifferenzierter Schuldzuweisungen an staatliche Instanzen versteht, obwohl er die Verbotsanträge von Bundesregierung, -tag und -rat gegen seinen früheren Arbeitgeber grundsätzlich unterstützt. Er spricht von „fast schon blindem Aktionismus“ und einer „jahrzehntelangen Duldung und Unterstützung neonazistischer Bestrebungen auch von staatlicher Seite“, vermutet, dass unter dem Deckmantel der Rechtsextremismus-Bekämpfung demokratische Rechte beseitigt werden sollten, und schlägt auf diese Weise verantwortliche Politiker von Günther Beckstein bis Wolfgang Thierse über einen Leisten.

Seinen leidenschaftlichen Stil behält das Buch bei, zwar auch manche Unschärfen, wird aber im Folgenden sachlicher. Im ersten Kapitel skizziert Fischer Entwicklung und Ideologie der 1964 gegründeten rechtsextremistischen Sammlungspartei. An Beispielen aus NPD-Programmen der Frühphase und der Gegenwart betont er die Kontinuität von ideologischen Säulen wie Rassismus, NS-Verherrlichung und Demokratiefeindschaft. Damit wendet sich der Autor gegen die Darstellung, die NPD habe sich von der reputierlichen rechten Altherrenpartei zum Auffangbecken für gewaltbereite Neonazis gewandelt. Dass es Veränderungen unter dem Vorsitz von Udo Voigt seit 1996 gegeben hat, die Partei seither offen und systematisch Skinheads und ehemalige Funktionäre verbotener Organisationen einbindet, bestreitet der Autor indes nicht, stellt dies aber eher als graduelle strategische Neuorientierungen dar. Das Bild einer Partei, die in direkter Tradition der NSDAP stehe, aber durchaus geschickt agitiere und mancherorts auf allzu wenig Gegenwehr stoße, bestärkt Fischer mit eigenen Erfahrungen als Aktivist in den 80er Jahren, die er im Wesentlichen bereits in seinem Buch „Ganz rechts“ (1999) beschrieben hat.

Anders als der Titel des Buches vermuten lässt, rückt das Verbotungsverfahren gegen die NPD in den folgenden beiden Kapiteln in den Hintergrund. Im zweiten befasst sich Fischer mit der DVU, für die

er ebenfalls tätig war, sowie – kurz und eher der Vollständigkeit halber – mit den Republikanern. Der Autor skizziert Entwicklung, Ideologie und Skandale der Frey-Partei und beschreibt sie als zentralistisch gelenktes Anhängsel der Münchner Unternehmensgruppe im Besitz ihres Vorsitzenden. Da eigenständig handlungsfähige regionale und lokale Gliederungen nicht existierten und die Partei demokratische Verfahren beispielsweise bei der Besetzung von Wahllisten nicht einhalte, hält Fischer ein Verbot auch der DVU für juristisch möglich und politisch wünschenswert.

Im Anhang dokumentiert das Buch Materialien aus dem Verbotsprozess, darunter Auszüge der Anträge von Regierung, Bundestag und Bundesrat sowie der Erwiderung der NPD, die es meist kurz kommentiert. Der Hintergrundinformation dienen zwei Texte aus der Jugend- und der Studierendenorganisation der Partei – JN und NHB –, darunter das Papier „Schafft befreite Zonen“. Im Serviceteil liefert das Buch Literaturhinweise und ausgewählte Adressen von Antifa-Gruppen und -Publikationen.

Jörg Fischer hat in seinem Buch wichtige Fakten und Dokumente zusammengetragen, die das Verbot der NPD stützen. Die genannten Argumente sind zwar nicht neu, der Autor hat sie zu einer aktuellen Publikation zusammengetragen und verständlich aufbereitet. Mehr Differenzierung und eine präzisere Begrifflichkeit hätten dem Buch allerdings gut getan: Formulierungen wie „rechtsextrem“, „neonazistisch“, „neofaschistisch“ oder „reaktionär-konservativ“ gehen ohne Erläuterung durcheinander. Fragwürdig ist auch die leitmotivische Unterstellung, staatliche Abwehrmaßnahmen gegen den Rechtsextremismus geschähen aus unlauteren Motiven, insbesondere um den Wirtschaftsstandort Deutschland vor Imageschäden zu schützen. Dem breiten Bündnis gegen rechtsextreme Tendenzen, das Fischer zu Recht fordert, sind solche Abgrenzungen nicht förderlich.

Thomas Pfeiffer

Jörg Fischer, Das NPD-Verbot, Verlag Espresso, Berlin 2001, 194 Seiten, 29,90 Mark.

In eigener Sache

Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Jahr 2002.

Die nächste Ausgabe des „blick nach rechts“ erscheint wegen der Weihnachtspause wieder am 10. Januar 2002.

Bücherschau**Missbrauchte Macht**

Zahlreiche willfähige Mediziner des NS-Regimes machten später in der Bundesrepublik Karriere.

Wer noch unter zu viel Ehrfurcht vor den „Göttern in Weiß“ leiden sollte, wird bei der Lektüre des Buches „Deutsche Medizin im Dritten Reich – Karrieren vor und nach 1945“ mit Sicherheit geheilt werden. Der unerbittliche demokratische Aufklärer Ernst Klee hat wieder „zugeschlagen“: Bereits 1983 hatte er sich in einem Buch der Euthanasie im NS-Staat angenommen und „sie wieder der Vergessenheit entrissen“ (so zumindest die Wochenzeitung „Die Zeit“). 1997 veröffentlichte der Frankfurter Journalist die Dokumentation „Auschwitz, die NS-Medizin und ihre Opfer“, für die er den Geschwister-Scholl-Preis erhielt. Darin stellte er mehr als 1000 Auftraggeber für Menschenversuche in den Konzentrationslagern an den Pranger. Und in seinem jüngsten Werk setzt sich Klee nun schwerpunktmäßig mit den Nachkriegskarrieren auseinander, die viele Täter aus dem Medizin-Betrieb problemlos einschlagen konnten. Immerhin rund 750 Personen aus dem Täter-Milieu im weiteren Sinne werden benannt und ihre Laufbahn nach 1945 beschrieben.

Es ist über alle Maßen ernüchternd und enttäuschend, wie willfährig die Mediziner aus allen Fachbereichen auf die „Machtergreifung“ durch die Nazis reagierten. So beteiligten sie sich beispielsweise mit Feuereifer an den rassistisch begründeten Sterilisierungen, von denen bis Kriegsende rund 400 000 Menschen betroffen waren. Die Euthanasie forderte 70 000 Opfer. Und tausende Häftlinge wurden bei den medizinischen Experimenten in den Konzentrationslagern ermordet oder starben an den Spätfolgen.

In lebendiger und anschaulicher Sprache, die auf jeden Schnörkel und jede Umständlichkeit verzichtet, schildert der Autor die barbarischen Verbrechen der Mediziner – und die absolute emotionale Kälte, mit der sie begangen wurden. Das Motiv aus Klee-Sicht: „Die Machthaber des Dritten Reiches boten Medizинern etwas unerhört Verlockendes, in der Welt bis dahin Einmaliges: Statt Meerschweinchen, Laborratten und Versuchskaninchen können sie Menschen massenhaft

zu Versuchszwecken benutzen.“ Verstrickt waren verschiedene Gattungen der Medizin, wie Klee nachweist. „Am radikalsten in den Dienst des Nationalsozialismus gestellt“ hatte sich die Psychiatrie: „Sie betrieb die Sterilisierung wie die Ermordung ihrer Kranken – als Vordenker und Vollstrecker. Zwischen 1933 und 1945 geschieht nichts, was Psychiater nicht lange vor den Nazis gefordert hatten.“

Der Nachkriegskarriere war dieses Psychiater-Gebarren selten abträglich. Beispiel Elisabeth Hecker: Ab Juli 1941 war sie Leitende Medizinalrätin in der Jugendpsychiatrie Lublinitz, in der Kinder und Jugendliche „nach ihrer sozialen Brauchbarkeit selektiert und (...) getötet“ wurden (Klee). Von 1951 bis 1961 arbeitete sie als Leitende Ärztin der Psychiatrie in Gütersloh, tüftelte das Konzept für eine kinder- und jugendpsychiatrische Einrichtung in Westfalen-Lippe aus und bekam hierfür 1965 das Bundesverdienstkreuz.

■ „Menschen massenhaft zu Versuchszwecken benutzt“ ■

Beispiel Werner Villinger, der ab März 1941 von der Euthanasie-Zentrale als einer von 40 Gutachtern zur Kranken-Selektion in den Vergasungsanstalten geführt worden war. 1950 stieg er zum Präsidenten der Deutschen Vereinigung für Kinderpsychiatrie und ein Jahr später zum Chef der Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater auf. 1958 gehörte er zu den Gründungsvätern der Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind. Bereits sechs Jahre zuvor wurde Villinger mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Eigene Kapitel widmet Ernst Klee der Max-Planck-Gesellschaft und der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG). Gerade was über die international renommierte DFG zu Papier gebracht wird, ist schwer zu fassen. Nach den Erkenntnissen Klees förderte die Deutsche Forschungsgemeinschaft KZ-Versuche nach Kräften. Sogar der berühmte Chirurg Ferdinand Sauerbruch war verwickelt. Er fungierte als DFG-Fachspartenleiter für Medizin, Rassenforschung und Rassenbiologie und „bewilligt(e) rassenhygienische Projekte jeder Art“. Mit den Aktivitäten während der Nazi-Zeit mochte sich die DFG später nicht so recht befassen. Der Journalist Ernst Klee bezeichnet sie deshalb in seinem Buch als „eine deutsche Vertuschungsgemeinschaft“.

Die DFG ist bei weitem nicht die einzige Institution oder Organisation, die nach dem Untergang des NS-Staates ihr Wirken fortsetzen konnte, ohne großartig an Verfehlungen oder Verstrickungen während der braunen Vergangenheit erinnert zu werden. Diesen Gefallen tat ihr die Öffentlichkeit, aber längst nicht nur ihr. Besonders packend an dem jüngsten Buch von Ernst Klee ist nämlich, wie viele vermeintlich honorige Verbände ein ähnliches Problem mit der Vergangenheitsbewältigung zu haben scheinen. Täter aus der Medizin unter dem Hakenkreuz wirkten hier später, als sei nichts geschehen. Klee konstatiert deshalb: „Die Täter von gestern wurden nach 1945 hofiert, die Opfer noch einmal verhöhnt.“

Selbst „harmlose“ Organisationen wie die Deutsche Ornithologen-Gesellschaft hatten nach 1945 einstiges NS-Führungspersonal in ihren Reihen. Vogelkunde und SS-Verbrechen konnte man wohl vortrefflich miteinander in Einklang bringen. Günther Niethammer avancierte 1957 zum Vizepräsidenten und zehn Jahre später zum Chef der Deutschen Ornithologen-Gesellschaft. Den Nazis hatte er als SS-Obersturmführer an der Lehr- und Forschungsstätte für Innerasien und Expeditionen des SS-Ahnenerbes (Sven-Hedin-Institut) gedient. In dieser Funktion blieb ihm auch das Vernichtungslager Auschwitz nicht verschlossen. Hier stellte Niethammer 1942 „Beobachtungen über die Vogelwelt von Auschwitz“ an und publizierte ein Buch mit diesem Titel. Ehrenmitglied der Deutschen Ornithologen-Gesellschaft ist Ernst Schäfer, SS-Sturmbannführer und Leiter der Lehr- und Forschungsstätte für Innerasien und Expeditionen des SS-Ahnenerbes. Schäfers Film und Buch „Geheimnis Tibet“ aus dem Jahre 1942 waren sogar SS-Reichsführer Heinrich Himmler zu rassistisch, der „einen unerhörten Schaden in der farbigen Welt“ befürchtete.

Drei Jahre nach dem Ende des NS-Staates übernahm Egon Freiherr von Eickstedt den Vorsitz der Deutschen Anthropologischen Gesellschaft, die er mitbegründet hatte. Bis 1952 bekleidete der ehemalige Herausgeber der Schriftenreihe „Rasse, Volk und Erbgut in Schlesien“ dieses Amt. 1934 hatte von Eickstedt eine „Rassenkunde und Rassengeschichte der Menschheit“ veröffentlicht und sechs Jahre später in einer Denkschrift an den Reichserziehungsminister betont, „kein einziger zweiter Gelehrter in Deutschland oder auf der ganzen Welt“ habe so sehr um eine biologische Weltanschauung und um den Rassegedanken gerungen, wie er.

Eine Nachkriegskarriere machte auch Hans Grebe, der schon im Alter von 31 Jahren Extraordinarius und Direktor des neu gegründeten Instituts für Erbbiologie und Rassenhygiene der Universität Rostock war. In der Bundesrepublik betätigte sich Grebe unter anderem als Präsident des Deutschen Sportärzte-Verbandes.

Albert Ponsold, der in der Bundesrepublik an die Spitze der Deutschen Gesellschaft für Gerichtliche Medizin gelangen konnte, war unter den Nazis unter anderem Mitarbeiter des Erbgesundheitsgerichtes. Er hatte eine Zulassung für das Amt für Volksgesundheit der NSDAP und fungierte als Extraordinarius für Vererbung und Rassenkunde an der berühmten Reichsuniversität Posen. Ein Präsidentenamt in der Bundesrepublik konnte sich auch Walter Schnell sichern. Er begründete 1950 das Deutsche Grüne Kreuz, das Gesundheitsgefahren vorbeugend abwehren will, und wurde dessen geschäftsführender Präsident. In der Nazi-Zeit engagierte sich Schnell als Multi-Funktionär, beispielsweise als Professor mit Lehrauftrag für Luftfahrtmedizin, Erbbiologie und Rassenhygiene, als Sanitäts-Brigadeführer in der Korpsführung des NS-Fliegerkorps und als Oberstarzt der Luftwaffe. Klee weiß außerdem: „Schnell war sogar an der Formulierung eines Euthanasie-Gesetzes beteiligt, das den im geheimen durchgeführten Behindertenmord legalisieren sollte.“

Der Schlussfolgerung von Ernst Klee fehlt es nicht an Klarheit: „Nie hatten Mediziner mehr Macht über Menschen als in der Nazizeit. Sie sichteten und vernichteten. Und blieben später in Amt und Würden.“

Thomas Klaus

Ernst Klee, Deutsche Medizin im Dritten Reich - Karrieren vor und nach 1945, S. Fischer Verlag, Frankfurt/Main 2001, 416 Seiten, 48,90 Mark, 25 Euro.

Hinweis

Berlin – Mit dem Schicksal jüdischer Emigranten in Australien befasst sich die Veranstaltungsreihe „Lebenszeugnisse“, die vom Zentrum für Antisemitismusforschung und dem Literaturforum im Brecht-Haus durchgeführt wird, am 20. Dezember. Wolfgang Benz spricht mit dem in Sydney lehrenden Historiker Konrad Kwiet. Kwiet, lange Jahre historischer Sachverständiger im Australischen Justizministerium zur Aufklärung von NS-Kriegsverbrechen, berichtet über zwei Überlebende des Holocaust, die nach Australien auswanderten. 20. Dezember, 20.00 Uhr, Literaturforum im Brecht-Haus, Chauseestraße 125, 10115 Berlin.

Meldungen

Inland

■ **Berlin** – „München, Berlin überall – Reemtsma wir bringen dich zu Fall“ schallte es am 1. Dezember durch die Straßen von Berlins Innenstadt. Bei dem größten Neonaziaufmarsch in Berlin nach 1945 demonstrierten rund 3 500 Mitglieder der NPD, der Jungen Nationaldemokraten und Freier Kameradschaften gegen die kürzlich eröffnete, überarbeitete Wehrmachtsausstellung. Angeführt wurde der Zug neben anderen von dem früheren RAF- und jetzigen NPD-Anwalt Horst Mahler und dem NPD-Vorsitzenden Udo Voigt. Viele der von den überwiegend jungen Demonstranten mitgeführten Plakate zeigten einen Wehrmachtssoldaten mit Stahlhelm und dem Slogan „Mein Großvater war kein Verbrecher“. Entgegen der ursprünglichen Planung führte der Marsch nicht durch das historische jüdische Viertel. Die Polizei leitete die Neonazis vom S-Bahnhof Friedrichstraße zum Nordbahnhof, wo die Abschlusskundgebung stattfand. Danach wurden die rechten Demonstranten sofort mit Sonderzügen der S-Bahn zu ihren am Stadtrand geparkten Bussen gebracht. Berlins Innenverwaltung wurde von Medien und der Jüdischer Gemeinde heftig kritisiert, weil die schon Wochen vor der Demonstration zwischen den Anmeldern und der Polizeiführung vereinbarte Routenverlegung geheim gehalten wurde. So gingen noch am 1. Dezember die mehr als 4000 Gegendemonstranten von einem Demonstrationsverlauf durch das Jüdische Viertel aus. Die zeitweilig heftigen Auseinandersetzungen von NPD-Gegnern mit der Polizei in der Nähe der Synagoge hätten nach Meinung von Beobachtern vermieden werden können, wenn die Routenverlegung bekannt gewesen wäre. Auch die Berliner Innenbehörde hat Fehler in der Informationspolitik eingeräumt.

■ **Bleckede** – Neue Leiterin des Buchdienstes der rassistischen Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V. unter Führung des Hamburger Rechtsanwaltes Jürgen Rieger ist Heike Spilker aus Bleckede in Schleswig-Holstein. Geburtsanzeigen schalten Heike und ihr Mann Markus Spilker (einst Abonnent des antisemitischen Hetzblattes „Die Bauernschaft“) in der „Nordischen Zeitung“, dem Organ der Artgemeinschaft. Die 1951 gegründete Artgemeinschaft geht zurück auf eine Vorläuferorganisation aus der NS-Zeit. Vorherige Leiterin des

Buchdienstes war Petra Müller aus dem baden-württembergischen Althengstett.

■ **Eberswalde** – Eine Rudolf Hess-Ehrentafel („hochwertiger, massiver Messing von Künstlerhand gefertigt“) zum Preis von 45 Mark zuzüglich Versandkosten bietet der Neonazi-Devotionalienvertrieb „Freiheitswille“ aus Eberswalde in Brandenburg an. Im Angebot sind auch einschlägige CDs, Aufnäher, Publikationen sowie neuheidnischer Schmuck und Szene-Kleidung. Anzeigen des Vertriebs finden sich unter anderem in dem Blatt „Zündstoff“ der brandenburgischen NPD. „Freiheitswille“-Inhaber ist Rene Herrmann, der auch im Anschriftenverzeichnis der verbotenen Nationalistischen Front (NF) steht.

■ **Glinde/Riesa** – Der Freund und Produktionsgehilfe des Liedermachers Daniel Eggers, Andreas Stähr aus Glinde, Mecklenburg-Vorpommern, bastelt nach dem Selbstmord des Musikers mühevoll am „Mythos Eggers“. So hat er unter anderem eine Homepage mit allerlei bisher unbekannten Informationen über den rechtsextremen Sänger erstellt. Unter anderem berichtet Stähr über eine Aufnahme in einem Hamburger Tonstudio 1997. Richtig „lustig“ fanden Eggers und er dabei, dass das Studio einem Iraner gehörte, ein Armenier die Keyboard-Effekte eingespielt habe und man zwischendurch Pizza gegessen habe. Außerdem hat Stähr nach eigenen Angaben von 1997 an drei Stunden Filmmaterial von Eggers für einen Videoclip aufgenommen. Auch Jens Pühse aus Riesa in Sachsen will nach dem Tod des rechten Liedermachers noch Geld machen. Er plant, in den nächsten Wochen eine Balladen-CD mit Eggers-Liedern zu veröffentlichen.

■ **Karlsruhe** – Der Karlsruher Neonazi und Gründer der Aktionsfront Nationaler Kameraden Manfred Huck muss wieder ins Gefängnis. Ein Urteil des Landgerichts Karlsruhe wegen gefährlicher Körperverletzung vom März dieses Jahres ist nun rechtskräftig geworden. Huck hatte im Mai vergangenen Jahres eine antifaschistische Theateraufführung in der Karlsruher Innenstadt gestört und bei einem anschließenden Streit einen Mann mit einem Messer schwer verletzt. Das Landgericht Karlsruhe verurteilte ihn dafür zu drei Jahren Gefängnis. Der 37-Jährige hatte sich auf Notwehr berufen. Der Bundesgerichtshof hat nun diese Argumentation als unbegründet verworfen. Huck ist allerdings auf freiem Fuß. Er wird wohl erst Anfang nächsten Jahres zum Haftantritt geladen.

■ **Karlsruhe** – Das Bundesverfassungsgericht will im Februar nächsten Jahres über ein Verbot der NPD verhandeln. Wie die Gerichtspressestelle am 7. Dezember mitteilte, sind vor dem Karlsruher Zweiten Senat unter Gerichtspräsidentin Jutta Limbach vom 5. Februar an bis zum 20. Februar fünf mündliche Verhandlungstermine anberaumt worden. Angehört werden sollen dabei mehrere NPD-Funktionäre sowie, wie „Der Spiegel“ berichtet, der führende „Freie“ Nationalist Christian Worch.

■ **Kronach** – Der Neonazi Günter Kursawe (Kronach), Autor in der holocaustleugnenden Schrift „Sleipnir“, Ex-Funktionär des verbotenen neonazistischen Nationalen Blocks und einst im Adressbuch von Michael Kühnen aufgeführt, greift auch als Leserbriefschreiber für das in Hamburg erscheinende Blatt „Der Funke“ zur Feder. Kursawe meint, dass der 11. September 2001 „der Markierungspunkt für das Ende des Amerikanischen Jahrhunderts und das Ende des globalen Kapitalismus“ sei. Da nun der „American Way of Life“ entzaubert sei, habe er sein Abo für den „Funken“ überwiesen. Kursawe fordert: „Der deutsche Befreiungskampf muss nun folgen.“ Herausgeber des „Funken“, der 1972 ins Leben gerufen wurde, ist Dieter Schütt aus Hamburg. Schütt gehörte in den 50er Jahren der KPD an und engagierte sich anschließend bei maoistischen Splittergruppen. Später war er mit Rudi Dutschke und Rudolf Bahro befreundet. Heute ist Schütt führender Ideologe des 1996 gebildeten deutsch-völkischen „Shanghaier Kreis“ (Motto: „Für eine sozialistisch-patriotische Bewegung im Gewande der 1848er Revolution“), dessen Hauptfeind der „Amerikanismus“ darstellt. Abgelehnt wird die angebliche Verdammung des deutschen Volkes und seiner Geschichte. In den letzten Ausgaben des Blättchen „Der Funke“ meldeten sich unter anderem der Ex-REP-Funktionär Hans Rustemeyer, der sächsische NPD-Unterstützer Wolfgang Schüler, Michael Koth vom neonazistischen Kampfbund Deutscher Sozialisten und Friedrich Baunack, Regionalbeauftragter der Deutschland-Bewegung, zu Wort.

■ **Mainz** – Die Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) unter Führung von Ursel Müller hat erneut in den HNG-Nachrichten eine „Schwarze Liste“ säumiger Mitglieder und Abonnenten veröffentlicht. Darunter sind auch die bundesweit bekannten Neonazis Christian Hehl (NPD) und Martin Scheele. Auch in diesem Jahr ruft die HNG in der November-Ausgabe ihres Blattes zur „Aktion der

Zehn – für die politisch Verfolgten“ auf: „Erfolgreich ist seit vielen Jahren die Aktion der Zehn (Grußbotschaften) zur Weihnachtszeit. ... Wiederum geht die Bitte an alle Gutgesinnten: Statt eines Lichtgrußes stellt deren zehn in das Zellendunkel der Gesinnungshaft.“ Zugleich appelliert der HNG-Vorstand: „Gestalten wir aber unsere Grüße so, dass die allein für nationale Deutsche überscharfen Zensurwächter der Demokratie keinen Anlass zur Beschlagnahme finden“.

■ **Meerbusch** – Die Deutschland-Bewegung (DB) plant die Gründung eines „Arbeitskreises Frauen in der DB“. Die Aufgabe der Koordination für Frauenarbeit in der DB hat Katharina Behrend (Meerbusch) übernommen. Behrend ist zugleich Kontaktadresse der Deutschen Aufbauorganisation (DAO) in Nordrhein-Westfalen, Funktionärin der Gesellschaft für freie Publizistik (GFP), und war zeitweilig Mitglied des Bundesvorstandes der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH). Im Zusammenhang mit dem DAO-Bundestreffen am 26./27. Januar 2002 soll ein erstes Frauentreffen stattfinden.

■ **Neustrelitz** – Das Neonazi-Blättchen „Der Weiße Wolf“ hat eine neue Postfachadresse in Neustrelitz, da das bisherige Postfach gekündigt wurde. Allen Kameraden, die in die Mailingliste des „Weißen Wolf“ eingetragen sind, wurde Anfang Dezember mitgeteilt, ab sofort das neue Postfach zu kontaktieren („Auch hier nur das Postfach angeben, keine Namensbezeichnung!“). Als Kopf des braunen Untergrundheftes gilt der Neonazi Maik Fischer, der den „Weißen Wolf“ ursprünglich als „Rundbrief inhaftierter Kameraden der ‘Justizvollzugsanstalt’ Brandenburg gegründet hatte.

■ **Schwarzenborn/Knüll** – Manfred Roeder, Vorsitzender der Neonazi-Vereinigung Deutsche Bürgerinitiative (DBI), veranstaltet auf seinem „Reichshof“ (Szenejargon) im hessischen Schwarzenborn/Knüll am 22. Dezember eine Wintersonnenwende. Dies teilt Roeder in seinem neuesten Rundbrief (DBI-Rundbrief 9/2001) mit. Abgedruckt ist in dem Rundbrief auch ein Text von Oberstleutnant a.D. und Rechtsanwalt Claus Plantiko. Plantiko, der der Notverwaltung des Deutschen Ostens nahesteht, vertritt Roeder vor dem Landgericht Frankfurt/Main, das gegen den Altnazi ein-Verfahren wegen Verunglimpfung des Staates eingeleitet hat. In seiner „Streitschrift“ vom 5. November diffamiert Plantiko die „gegenwärtige Verfassungswirklichkeit“ als „verfassungswidrige ‘Ge-

walteneinheitstyrannis'". Roeder werde, meint Rechtsanwalt Plantiko, wenn ihm Verfahrenseinstellung verweigert wird, „Rechtsasyl in der Schweiz und den USA beantragen“.

■ **Stuttgart/Aschaffenburg** – Der baden-württembergische Landesverband der Republikaner ist wegen finanzieller „Ungereimtheiten“ in die parteioffizielle Kritik geraten. Der Bundesvorstand will jetzt die Kassenbücher auch für die vergangenen Jahre prüfen. Dies berichtet die „Junge Freiheit“ in ihrer Ausgabe vom 7. Dezember. Bereits auf dem Landesparteitag der REP im Südwesten Mitte Juli waren derartige Vorwürfe zur Sprache gekommen. Die bayerischen REP haben auf einem Landesparteitag am 1. Dezember in Aschaffenburg den Landesvorsitzenden und Bundesvize Johann Gärtner im Amt bestätigt.

■ **Weinheim** – Der „Germania Verlag / Versandbuchhandlung Eric Rössler“ im nordbadischen Weinheim empfiehlt seinem Kundenkreis zum Weihnachtsfest das Buch „Günter Deckert. Der nicht mit den Wölfen heulte“. Herausgeber ist der französische Holocaust-Leugner Henri Roques, der seit Jahren enge Kontakte zu dem einstigen NPD-Bundesvorsitzenden Deckert (Weinheim) pflegt. In dem 223 Seiten umfassenden Buch wird Deckerts Weg von der Wiege bis zum Jahr 2000 geschildert. Rössler, zeitweilig baden-württembergisches Landesvorstandsmitglied bei der NPD und den Jungen Nationaldemokraten, ist als treuer Gefolgsmann von Deckert bekannt.

Ausland

■ **Spanien/Teneriffa (Santa Cruz)** – Georg Albert Bosse (Jg. 1927), Herausgeber der antisemitischen Zweimonatsschrift „Recht und Wahrheit“ mit einer Auflage von rund 2500 Exemplaren, hat „unter anderem aus gesundheitlichen Gründen“ seinen Wohnsitz von Wolfsburg auf die spanische Insel Teneriffa verlegt. Bosse ist vom Landgericht Braunschweig wegen Leugnung des Holocausts und wegen fortgesetzter Volksverhetzung bereits mehrfach verurteilt worden. In Spanien wohnen mehrere deutschsprachige Holocaust-Leugner, darunter der Hitler-Bewunderer Gerd Honsik aus Österreich. Die äußere wie innere Aufmachung von „Recht und Wahrheit“ erfährt durch die Standortverlegung von Bosse keine Veränderung. Kontakt zu den Kameraden in der Bundesrepublik vor Ort pflegt nun die im schleswig-holsteinischen Eckernförde lebende Bosse-Ehefrau Hille.

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin 9
PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
Heft 26-2001 / Abo 5292719000

Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum Berlin e. V.
Falkensteinstr. 46
10997 Berlin

■ **Österreich (Wien)** – Recherchen des Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes zufolge wurden in Österreich zwischen 1945 und 1955 von den so genannten Volksgerichten in 136 829 Fällen gerichtliche Voruntersuchungen wegen des Verdachts nationalsozialistischer Verbrechen oder der Mitgliedschaft in der NSDAP zwischen 1933 und 1938, eingeleitet. An die 90 000 Untersuchungsverfahren fanden statt, in knapp 21 000 Fällen kam es zur Hauptverhandlung, wobei 13 607 Schuldsprüche gefällt wurden. Rund 2 000 Personen wurden verurteilt, bei 30 Tätern wurde die Todesstrafe vollstreckt, 29 wurden zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt, 269 zu Haftstrafen zwischen zehn und 20 Jahren.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-130, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bmr.de
Internet: <http://www.bmr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto,
Nachweis erforderlich!

Probeabonnement (6 Hefte), Preis DM 20,- inkl. Porto.